

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verantwortlicher: Emil Dittmer Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Wasser in den Wein. — Teuerungszulagen in Hamburg. — Die Teuerungszulage der städtischen Arbeiter in Augsburg. — Wochenbericht vom Krieg. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste.

Wasser in den Wein.

Wir hatten in Nr. 17 der „Gewerkschaft“ in ausführlicher Weise die Darlegungen Edgar Daffes wiedergegeben, der von der nahen Zukunft — bei Eintritt des Friedens — eine wesentlich verstärkte Gemeinwirtschaft auf sozialer Grundlage erwartet.

Mit unserer eigenen Auffassung haben wir dabei nicht hinter dem Berg gehalten. Neben den staatlichen Monopollisten und den Unternehmern sind auch die privatwirtschaftlichen Interessen der Unternehmer sehr bald regen und gegenständlichen geworden, so daß die Gewerkschaften — und wir in besonderem — den Kampf um Sozialisierung der Gesellschaft ungeschwächt aufnehmen müssen.

Schon heute lassen sich zahlreiche Stimmen im Unternehmerlager hören, die sehr viel Wasser in den Wein der staatlichen und gemeindlichen Monopolisierungsbestrebungen schütten.

Es verlobt sich dabei, aus der Nr. 18 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ (vom 2. Mai d. J.) einen Artikel wiederzugeben, der die Stimmung dieses einflussreichen Streifes klar widerspiegelt. Es heißt da:

„In der vorigen Nummer haben wir die Frage des Zigarettenmonopols berührt und bei dieser Gelegenheit eine Neuerung aus dem Reichsland wiedergegeben, in der es als eine Hauptaufgabe der Handelspolitik nach dem Kriege bezeichnet wird, mit allen Staatsmonopolen aufzuräumen und die individuelle Gewerbetätigkeit in vollem Umfange wieder herzustellen.“ Mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt sich nun ein längerer Aufsatz, den Dr. Felix Finer in der Zeitschrift „Die Welt“ veröffentlicht hat. Hier freilich werden andere Schlüsse gezogen. Der Verfasser kommt, nachdem er verschiedene Probleme der modernen Wirtschaft, vor allem die Frage der Rohstoffversorgung, ausführlich behandelt hat, zu dem Ergebnis, daß wir zum mindesten mit der Möglichkeit einer weitgehenden Verstaatlichung der Produktionen mittel zu rechnen haben. Er schreibt:

„Allem Anschein nach wird die Monopolkonjunktur bei den ausgeprochenen finanzökonomischen Gesichtspunkten nicht neben bleiben; sie scheint auch sonst unter den Einwirkungen des Krieges hätte jenseitig empfangen zu haben und sich über weite Gebiete unseres Wirtschaftslebens ausbreiten zu wollen. Scharfe prinzipielle Gegensätze, die vor dem Kriege hinsichtlich der Monopole überhaupt oder hinsichtlich dieses oder jenes bestimmten Monopols die Meinungen getrennt hatten, sind — wie das ja auch bei anderen bisher für unüberwindlich gehaltenen Gegensätzen der Fall war — über Nacht verschwunden, und ziemlich allgemein rechnet man damit, daß Rechte, wie das Spiritus-, Petroleum-, Elektrizitäts- und Zündholzmonopol, vielleicht auch das Nohlen-, Zement-, Salz-, Tabak- und Veredelungsmonopol, der Verwirklichung nahe sind. Bei fast allen diesen Gewerben, die entweder schon auf der Produktions- oder erst auf der Handelsstufe zu monopolisieren sind, handelt es sich um

solche, deren bisherige Entwicklung sie zur monopolistischen prädestiniert hat, und bei denen der Staat nur den alten Boden anzunehmen und in seinem Sinne zu Ende zu spinnen braucht. Entweder sind es Privatmonopole, deren Ueberführung in staatliche Hände befürchtet wird, da sich der Konsum durch ihre Preis- und Abgabepolitik bedrückt fühlt, oder es handelt sich, wie bei dem Strommonopol und bei dem Zündholzmonopol, um Produktionen, deren wirtschaftliche Möglichkeiten von der Privatindustrie nicht ausgeschöpft werden konnten, und deren Ertrag durch Konzentration gesteigert werden kann. In manchen Fällen, wie zum Beispiel beim Petroleummonopol, vereinigt sich die Tendenz der Ausschaltung des Privatmonopols mit der kriegswirtschaftlichen Tendenz der Vorratsanammlung, ein Motiv, das ebenso wie die unbedingt notwendige Umbeziehung der für unser Wirtschaftsleben ungleich wichtigeren Rohstoffe wie Schmieröl, Treiböl und Benzin in dem vor dem Kriege eingebrachten, aber unerledigt gebliebenen Monopolentwurf gänzlich gefehlt hat. Tsch die Monopole, die auch die Produktion mit umfassen, tiefer und sozialer reformatorischer in die Ökonomie der wirtschaftlichen Prozesse eingreifen vermögen als die, welche nur die Handelsgewinne abschöpfen wollen, ist zweifellos. Auf der anderen Seite verlangen sie aber auch wesentlich größere Kapitalaufwendungen, zumal wenn blühende Privatindustrien finanziell abgefunden werden müssen.“

Die Sozialisten, meint Finer, würden natürlich einen solchen Gang der Entwicklung freudig begrüßen. Sie würden darin eine Annäherung an das „Ideal der allgemeinen Vergesellschaftung“ erblicken und sich aus diesen Monopolen ohne weiteres einen großen Vorteil für die Gesamtheit des Volkes versprechen. Allein mit Recht warnt der Verfasser vor einer solchen, gewiß vorzeitigen Zerschlagung. Man soll erst die Ausführung abwarten und man dürfe nicht vergessen, daß in der Monopolform nicht nur staatssozialistische, sondern vor allem auch fiskalische Möglichkeiten liegen. Ja, bei genauer Betrachtung der Sachlage würde man erkennen, daß es sowohl früher wie jetzt in sehr vielen Fällen gerade das fiskalische Interesse ist, welches die Bildung solcher Monopole hervorruft. Gewiß könnte das fiskalische Interesse sehr gut mit dem Interesse des Allgemeinwohls Hand in Hand gehen wie wir meinen, daß ein solcher Zusammenhang allerdings recht häufig vorhanden sein wird, wenn z. B. die Erträgnisse des Monopols für allgemeine soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben für die Verteidigung des Landes, die Förderung der Verkehrsmittel, die Unterstützung der Notleidenden u. a. verwendet werden. Aber trotz alledem wird man die Entwicklung mit der größten Vorsicht zu verfolgen haben. Finer hat nicht unrecht, mit dem Essen kommt der Appetit, und wenn der Rüssel in Zeiten der Not, wo die Monopole erforderlich und nützlich waren, gemehrt hat, eine wie treffliche Einnahmequelle sich ihm in diesen Einrichtungen darbietet, so wird er gewiß nicht auf halbem Wege stehen bleiben, und man kann nicht mit Sicherheit voraussehen, ob er an der Grenze halt machen wird, welche durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten geboten sind. Denn darüber kann ja kein Zweifel bestehen. Staatsmonopole werden für ein gewisses, ziemlich eng begrenztes Gebiet der Volkswirtschaft angebracht und verteilbar sein können, aber jede Ueberforderung dieses Gebietes muß unbedingt die schwersten Gefahren für die ganze ökonomische Entwicklung hervorrufen. Man braucht kein Arbeitermann, kein radikaler Individualist zu sein, um sich darüber klar zu werden, daß eben die private Initiative, der persönliche Unternehmungsgeist und die auf eigener Verantwortung beruhende Arbeit den Boden schaffen haben, auf dem allein die Erfolge der ganzen modernen Wirtschaft gedeihen können. Diese Elemente durch eine übertrieben staatssozialistische und staats-

Die sozialdemokratischen Vertreter ließen durch ihren Ge-
nossen M. A. Kubofer den Eventualantrag einbringen, wenig-
stens eine Feuerungszulage von täglich 20 Pf. zu gewähren.

Der Ausschuss der sozialen Kommission kam zu dem Ergebnis,
daß eine schablonenhafte Verbesserung von 30 bzw. 20 Pf. pro
Tag überhaupt keinen Ausgleich schaffen kann. (Sehr eigen-
tümlich.)

M. A. Kubofer begründete im Magistrat den sozialdemokrati-
schen Antrag, wobei er besonders auf die Vorlage kam. Was hier
gegeben wird, gleiche einem Almosen wie ein Ei dem anderen.
Leute, die noch Charakter haben, werden lieber auf die Unter-
stützung verzichten, als vor einer Kommission, in der ihre eigenen
Verantwortlichen sitzen, interne Familienangaben zu machen. Die
Folge wird sein, daß jene Arbeiter, die es wirklich um notwendig-
en brauchen, nichts erhalten werden, weil sie eben der eigenartigen
Umstände halber nicht kommen. Zum Schluß gab nun auch der in
solchen Fragen bekannte liberale Vertreter Rat Kemmeyer
seinen Stimmt dazu. Hierauf wurden die sozialdemokratischen An-
träge einstimmig die unserer Verbände, abgelehnt und die
Vorlage der sozialen Kommission angenommen.

So sehr die Beschaffenheit eine Lebensweite Forderung ist, so
kann man doch mit der Behandlung des Antrages einer täglichen
Feuerungszulage von 30 Pf. im Magistrat nicht einverstanden
sein. Der bisher nicht unterschriebene Antrag ist unter den Tisch ge-
fallen. Dafür hat man aber einen Vertrag von 25000 Mk. ein-
geschlossen, um den Beschäftigten unter den Bedingungen zu helfen.
Man braucht dabei den gutgemeintesten Zweck gar nicht zu verkennen,
so kann man doch der Arbeit zumeilen, daß der gewählte Weg
nicht als geeignet erscheint, den städtischen Arbeitern und Be-
schäftigten zu helfen. Nach dem gefassten Beschlusse des Magistrats
ist diese Unterstützung ein Geschenk, abhängig von den ver-
änderlichsten Können der zur Prüfung beauftragten Personen.
Ohne irgend den mit der Prüfung der Gesinde beauftragten Personen
einen Vorwurf machen zu wollen, daß sie sich von irgend einer
Aussicht der Arbeitslosigkeit lassen, so kann es doch vorkommen,
daß es viele Bedürfnisse städtischer Arbeiter bezücht, auf dieses
Geschenkestück freiwillig zu verzichten. Die Folge wird sein,
daß ein Teil der Arbeiter gar nichts erhält, weil er sich der Pla-
nung der Grundweisung seines Gesinns nicht einsehen will.
Es werden dann sehr wenig städtische Arbeiter oder unsere Beamte
sein, die sich um die Unterstützung bemühen, und daraus wird dann
in den Kreisen der städtischen Kollegen und in der Öffentlichkeit
der Schluß gezogen werden, daß die städtischen Arbeiter einer
Feuerungszulage gar nicht bedürftig sind. In Wirklichkeit ist
für die städtischen Arbeiter, die in wirtschaftlichen Bedürfnissen es un-
möglich macht, eine Unterstützung zu erhalten. Unter diesen
Umständen wird die allgemeine Summe ausreichen, die Stadt
hört Geld und die städtischen Arbeiter, Beschäftigten und unteren
Beamten bangern weiter mit ihren Kindern.

Die Gründe, warum eine Feuerungszulage nach der
„Schablone“ nicht gewählt wird, sind sehr mannigfaltig. Man
erkennt die Verdrängung unserer Verlangens voll an; man braucht
— wie ich selbst bei dieser Gelegenheit anmerkte — gar keine besonderen
Gründe ins Feld zu führen, aber durch die enormen und vielfachen
Kosten der Stadt, die nur durch den Krieg aufgezwungen wurden,
kann eine Zulage in der gewünschten unmöglich berücksichtigt
werden. Minderreiche und vermögenslose Familien können jetzt
wohl in eine schwierige Lage; trotzdem können die 30 Pf. täglich
nicht zugunsten werden. Der Ausblick für soziale Angelegen-
heiten meint, die Zulage von 30 Pf. pro Tag schaffe bei der näm-
lichen Feuerung keinen Ausgleich. Ledige und besser situierte
Arbeiter können verzichten. Durch die wohlgeordneten Verhält-
nisse der städtischen Arbeiter, durch die früheren Aufbesserungen
usw. können die städtischen Arbeiter dieses keine Opfer bringen.

Das Stadium all dieser Gründe läßt bei objektiver Prüfung
der ganzen Verhandlungen über die Feuerungszulage den Schluß
zu, daß die angeführten Gründe nicht die eigentlich maßgebenden
waren. Die Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes dürfte
den Hauptgrund bilden für die bevorzugte Art der Regelung. Hier
sind die nötigen Mittel. Der Arbeiterbesitz ist gleichfalls auf
eine so geringen Höhe, daß er für die vordringlichsten Bedürfnisse
nicht ausreicht, von einer Hebernahme der Feuerungszulage auf
den Arbeiterbesitz kann also gar keine Rede sein. Auf Ansehen
sind die städtischen Arbeiter eben keine Zulage erhalten. Ander-
seits aber wird behauptet, diese Feuerungszulage könnte nach-
träglich während der Vorarbeiten, und dagegen wehrt sich das
Lagerbureau der Arbeiter, der Arbeiter hat Hände und Füße.
Über sind die Kosten der städtischen Arbeiter aber nicht so hoch,
daß sie bewirken können, daß man während einer Woche von
20 bis 30000 Mk. pro Tag. Die wohlgeordneten Verhältnisse

haben nicht allzuviel vermögende städtische Arbeiter gezeitigt.
Die Annahme der Mehrheit des Sozialen Ausschusses, daß
mit den 30 Pf. täglich kein Ausgleich geschaffen werden kann,
ist falsch. Allerdings kann der Posten nur teilweise gelindert
werden, immerhin erhalten die Arbeiter etwas und die linder-
reichen städtischen Arbeiter können sehr wohl durch eine besondere
Zulage berücksichtigt werden. Es dürfte schließlich, daß durch die
vom Magistrat beliebte Regelung keine Zufriedenheit, wohl aber
Verwirrung unter die Arbeiter gebracht wird. Deshalb wäre es
im beiderseitigen Interesse gelegen, eine feste Feuerungszulage wie
in anderen Städten zu gewähren. Jetzt hat nun das Gemeindef-
kollegium das Wort; vielleicht läßt man doch die gewünschte Verände-
rung eintreten und gewährt eine feste Feuerungszulage. J. Weigl

• **Wochenbericht vom Krieg** •

Paris, den 10. Mai 1915.

Die kriegerischen Ereignisse haben in der letzten Woche eine
so gewaltige Ausdehnung angenommen, daß es dem gewissenhaftesten
Chronisten schwer fällt, alle wichtigen Ereignisse zu bündeln.
Im Vordergrund steht noch immer der erfolgreiche Durchbruch der
russischen Front durch österreichisch-deutsche Truppen in West-
galizien. Bis heute zählt man 80000 Gefangene. Aber das allein
ist kein Maßstab, weil im frontalen Angriff naturgemäß keine
großen Truppenmassen abgeschritten werden können, sondern
in regelmäßiger Nacht zumühten. Schon ist Ungarn von den
Russen befreit, ebenso 1000 Quadratkilometer von Westgalizien.
Das ist der schwerste Schlag, der bislang in diesem Kriege
einem Heere versetzt wurde! Auch die russische Kampfabteilung
wird dem einstündigen Stand nicht mehr lange widerstehen können.
— Fast ebenso bemerkenswert erscheint das Vordringen unserer
Nordwestarmee bis Libau und Mitau. Hier ist eine Um-
gehung der russischen Weichselstellungen (Waridau usw.) möglich.
Wie wir hier vor zwei Wochen andeuteten, hat diese Aktion eine
grundliche Vorbereitung erfahren und die Heeresleitung vom
„Zentralpräsident mit Rußland“ am besten vorbereitet. — Auch im
Westen bei Ypern dringen wir vor, und die Weichselung
Zankens beweist, daß wir ganz neue ferntragende Ge-
schütze an der Front besitzen. — Der Unterseeboottkrieg
nimmt neuerdings gigantische Dimensionen an. Zahlreiche feind-
liche Tampier fallen ihm zum Opfer. Man ist sogar der größte
englische Passagierdampfer „Lusitania“ vermisst. Bei allem Miß-
geschick hat die Passagiere (worunter viele Frauen und auch
Kinder) in doch die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß
schon am 22. April in Amerika deutsch amtlich gewarnt worden
ist vor dieser Fahrt. Dazu kommt, daß die Kriegsmaterialien
liegen den Hauptteil der Fracht bildeten, da ist alle Enttäuschung
in England und Frankreich eine Heuchelei. — Bei den fortwähren-
den Tardanelle Kampfen halten sich unsere Verbündeten,
die Türken, sehr wader. Es ist nicht anzunehmen, daß die englisch-
französische Armee recht Schiffen die Durchfahrt erzielen. — Die
sonderbare Haltung Italiens in diesem Kriege soll nun doch
nach ihre „Annung“ erfahren durch eventuelle Anteilnahme auf
seiten England-Frankreich-Rußland. Jeder Tag kann die Ent-
scheidung bringen. Eigentümlich erscheint uns dabei die Haltung
der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften in Italien, die
seinerzeit voller Enttäuschung waren über die Einwilligung der
Kriegsseite durch die deutsche sozialdemokratische Reichstags-
fraktion (wo es doch unserer Verteidigung und der Ver-
baltung einer Präzession gälte) und die nun in einer Reso-
lution der italienischen Regierung Manlowollmacht zum Kriege
ausstellen, indem sie vorweg erklären, sie seien auferstehende, den
Krieg zu verhindern, usw. War schon das erste Stadium mit dem
Kriegsbeher Russelini an der Spitze ein trübes Kapitel der
italienischen Internationalen, so werden die jetzigen Vorgänge nach
dem Kriege gleichfalls besonders „gewürdigt“ werden müssen. —
Das Ultimatum Japans an China ist tatsächlich am 7. Mai
erfolgt. Unbekannt wird China doch noch nachgeben. Erst
geht der Weltkrieg auch noch auf den anderen Teil der Erdkugel
über.

Nachstehend die wichtigsten Ereignisse: 2. Mai. Deutsch-
österreichischer Sieg in Westgalizien. Die ganze
russische Front von der ungarischen Grenze bis zur Mündung des
Dnister durchgedrückt. 8000 Gefangene, zahlreiche Geschütze und
Munition erbeutet. — In Klandern erfolgreiche Geiseln bei
21. Krieger. — Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz
Verfolgung der Russen, insgesamt 4000 Gefangene. — Russische
Angriffe bei Malwaja und Schewienieje zurückgewiesen.
130 Gefangene. — Die türkischen Kämpfe gegen die Darda-
nellenbarre der Verbündeten auf Gallipoli sind erfolgreich,
dauern aber an. — Ein englischer Torpedobootschiff durch
deutsches Unterseeboot vernichtet. — Zwei deutsche Torpedobote
von einer britischen Torpedobootdivision in den Grund abgetrieben.
— 3. Mai. Der Sieg in Westgalizien dauert an. Mehr
2000 Gefangene, 22 Geschütze, 64 Maschinengewehre. — In
Klandern deutsche Korvidante. — Mehrere ungarische
Kriegsschiffe zurückgewiesen. 420 Gefangene. — Ein deutsches

Zuschiff bringt durch Bomben englisches Unterseeboot zum Sinken. — 4. Mai. Die Russen werden in Westgalizien weiter auf 150 Kilometer langer Front zurückgeworfen bis zur Wislote. — Bei Ppern heftige Teilkämpfe. — Zwischen Maas und Mosel heftigsten französische Angriffe. 750 Gefangene. — Bei Malwarja russische Vorstöße zurückgeworfen. 500 Gefangene. — Italien stellt an Oesterreich Mindestforderungen (Abtretung des Trentino usw.). Die baldige Teilnahme Italiens am Weltkrieg auf Seiten Englands-Frankreichs gilt als wahrscheinlich. — Auf Gallipoli dauern die Kämpfe der Türken gegen die Sardanelle-Armee an. — 5. Mai. Die „italienische Krise“ dauert an. — In Westgalizien machen die deutsch-österreichischen Truppen gewaltige Fortschritte. Zahl der Gefangenen steigt auf 50.000. Tarnow, Jaslo und Tulla in Händen der Oesterreicher. — Bei Ppern und im Waldgelände bei Combes deutsche Fortschritte. Mehrere hundert Gefangene. — Deutscher Angriff im Killywald hatte Erfolg. 2000 Gefangene, Geschütze und Maschinengewehre. — Im Nordosten Teilkämpfe. — Japan stellt Ultimum an China mit 14-tägiger Frist bis 9. Mai. — 6. Mai. Der sibirische Durchstoß in Westgalizien bringt weitere Verfolgung der Russen. Ingeheuerer Kriegsbeute. — Erfolgreiche Kämpfe bei Szadow (Nordwestrußland) brachten 1500 Gefangene, bei Palmarja 20 Gefangene. — Italien verzögert die Entscheidung (infolge der westgalizischen Siege?). Die italienische Kammer wird bis 20. Mai vertagt. — 7. Mai. Der englische Tiefendampfer „Lusitania“ torpediert und in 20 Minuten gesunken. Passagiere und Besatzung über 2000! 563 Ueberlebende. Viel Kriegsmaterial und Munition (aus Amerika!) mit versunken. — In Italien wütet das Kriegsfieber weiter. — Libau (nordwestlicher Ostseehafen Rußlands) von deutschen Truppen besetzt. 1000 Gefangene, 12 Geschütze. Viel Kriegsmaterial. — Vor Zeebrügge bringen Küstenbatterien einen englischen Torpedobootzerstörer zum Sinken. — Französische Angriffe in den Vogesen zurückgeschlagen. — Die Verfolgungskämpfe in Westgalizien dauern fort. Wislote und Krosno in deutsch-österreichischen Händen. Bis jetzt wurden insgesamt 70.000 Gefangene, 38 Geschütze gezählt. — In Südostgalizien erkrümmten die Oesterreicher Jaleszochi. — 8. Mai. Die Russen weichen fliehend in ganz Westgalizien zurück. Die Route steigt noch immer. Die Linie der Verbündeten ist heute: Nijker Bah, Kommanca, Krosno, Dubica, Szucin. — Bei Ppern erhebliche Fortschritte. 500 Engländer mit 16 Offizieren gefangen. — Französische Angriffe bei Liebin scheitern. — Bei Mirau (50 Kilometer von Nijal) weichen deutsche vorgeschobene Abteilungen etwas zurück. — Nördlich Krosno Vernichtung eines russischen Bataillons. Bahn Wilna-Szawle (Schaulen) gründlich zerstört. — An der Sardanelle-Front heftige Kämpfe. Die Türken werfen die feindlichen Truppen unter schweren Verlusten zurück. — Italien „behandelt“ noch, trifft aber die letzten militärischen Vorbereitungen.

• Aus der Praxis der Arbeiterversicherung •

Ein Mahnwort an die Kriegsdienstpflichtigen Krankentassenmitglieder! Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß Tassenmitglieder, die zum Heer einberufen werden, auch während des Kriegsdienstes bei der Krankentasse gemeldet bleiben müssen, wenn das Beschäftigungsverhältnis nicht gelöst wurde und ein Teil des Lohnes fortgezahlt wird. Nun hat jedoch das Reichsversicherungsamt kürzlich in einer grundsätzlichen Entscheidung im Gegensatz zu der herrschenden Meinung unter den Kommentatoren der Reichsversicherungsordnung und im Gegensatz zu der bisher gültigen Praxis entschieden, daß Kriegsteilnehmer, an deren Angehörige der Arbeitgeber einen Teil des bisherigen Lohnes während des Krieges weiterzahlt, nicht der Versicherungspflicht unterliegen. Damit würde jeder durch die Einberufung alle Rechte an seine Krankentasse verlieren, die er sich durch jahrelange Beitragszahlung erworben hat.

Soweit Kriegsteilnehmer sich und ihren Angehörigen die Rechte auf die Leistungen der Krankentasse erhalten wollen, werden sie in dieser Entscheidung auf den Weg der freiwilligen Weiterversicherung verwiesen.

Weiter geschieht die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft durch Weiterversicherung nur in ganz wenigen Fällen. Die meisten kümmern sich bei der Einberufung nicht um die Mitgliedschaft und lassen alle Rechte verfallen. Viele haben das schon bitter bereut!

Wodurch nun gar das Reichsversicherungsamt die Frage der Versicherungspflicht vermeint und letztlich auf den Weg der Weiterversicherung verwiesen hat, raten wir dringend, von dem Recht der Weiterversicherung unbedingt Gebrauch zu machen. Das muß innerhalb drei Wochen nach dem letzten Austritt geschehen. Soweit Kollegen in letzter Zeit einbezogen sind, können das auch die Angehörigen für sie befragen. Es können Beiträge nach einer neueren Abgabe entrichtet werden. Die Leistungen entsprechen, wie bei der Pflichtversicherung, der

betreffenden Beitragstasse. Im Falle von Verwundung oder Krankheit erhalten die Kriegsteilnehmer also auch Krankengeld, und zwar auch dann, wenn sie im Lazarett ärztlich behandelt und gepflegt werden.

Läßt also nicht bei Eurer Einberufung die Mitgliedschaft bei der Krankentasse verfallen!

Ein Gemeinbediener und Nachtwächter unterliegt nach einer Entscheidung des Rentenausschusses auch dann nicht der Anstellungspflicht, wenn er in nicht erheblichem Umfang mit schriftlichen Arbeiten und als Fußvollzugsbeamter beschäftigt wird.

• Aus den Stadtparlamenten •

Berlin. Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Einführung des zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Stadtv. Sassenbach (Soz.) vollzogen. Oberbürgermeister Vermuth richtete an ihn folgende Ansprache: „Es ist die erste Einführung eines Stadtrats während des Krieges, die sich heute vollzieht. Wir hatten auf eine doppelte Einführung gerechnet; allein unser neuer Stadtschulrat Reimann kann seinen Seiten vor dem Feinde noch nicht verlassen, und wir müssen uns vorderhand mit der Hoffnung begnügen, daß er recht bald unsere Lait teilt. Sie aber, verehrter Herr Kollege Sassenbach, kann der Magistrat schon heute in seine Mitte aufnehmen. Er tut es mit aufrichtiger Freude, denn er kennt Sie nach Ihrem fast zehnjährigen Wirken als Stadtverordneter durch und durch und weiß, was er mit Ihnen gewinnt: einen Arbeiter im umfassendsten Sinne, einen Arbeiter am Gemeinwohl. Zu einem solchen hat Sie das Leben, auf dessen Höhe Sie stehen, mit nachhaltigem Druck geprägt. Zuerst dem Verne gewidmet, auf den Ihre Familie Sie wies, hat Ihre Tätigkeit sich den Interessen immer weiter gewidmet. Von den Gewerkschaften Persens sind Sie aufwärts gegangen zu der Arbeit am Gemeinwohlwesen des ganzen Reichs, und immer größer ist auch Ihr Anteil am geistigen Leben des Volkes geworden. Was Sie so empfindend geübt und gelernt haben, das finden Sie auch bei uns: nachbringende Arbeit, harte, unerbittliche, aufreibende und doch erhabende und nachbringende Arbeit. Die Kriegszeit führt Sie, lieber Kollege, uns zu. Es wird unsere schöne Aufgabe sein, Ihnen auf dem unermeßlichen Felde unserer sozialen Pflichten den Platz zu weisen, auf dem Ihre Erfahrung am freiesten sich regen kann. Nicht dann nach zahlreichem Kampf der Kräfte wieder bei uns ein, so wird sich erweisen, daß durch die Kriegszeit unsere Zusammengehörigkeit gefördert ist; dann werden wir fröhlich weiter arbeiten, um unserem Gemeinwohl zu neuer, fröhlicher Mitte zu verhelfen; wir werden arbeiten in der Freude des freien Mannes an der Wohlfahrt des Ganzen, an der Wohlfahrt unseres Landes und unserer Stadt, der wir alle mit gleicher Liebe und Hingebung dienen.“ Darauf leitete Sassenbach den vorgeschriebenen Ritenablauf der Verfassung und empfing aus den Händen des Oberbürgermeisters die von den Stadtverordneten vollzogene Beistellung, worauf ihn der Oberbürgermeister namens des Magistrats als dessen Mitglied aufs herzlichste willkommen heißt. Vorher Oberbürgermeister begrüßt darauf den bisherigen Kollegen beim ersten Erscheinen in seiner neuen Würde“ auch namens der Versammlung mit herzlichem Willkommen. Der Genannte nimmt darauf am Magistratsische Platz. — Auch wir drücken unsere Freude über den neugewählten Stadtrat aus, weil wir in ihm einen sachkundigen und berechneten Anwalt unserer Bestrebungen erblicken dürfen.

Kriegs-Teuerungszulage.

Ancurabe. Der Magistrat hat allen berechtigten Angehörigen und Arbeitern der Stadt, deren Einkommen nicht über 2000 Mk. beträgt, eine Teuerungszulage von 3 Mk. in der Woche bewilligt.

Berlin-Vichtenberg. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß auf unseren Antrag Teuerungszulagen. Die Zulagen betragen für Familien mit 3 und mehr Kindern 15 Mk., mit ein oder zwei Kindern 10 Mk., für alle anderen Arbeiter, Angehörigen und Beamten 5 Mk. im Monat. Die Zulage wird nur an händig Beschäftigte mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. ausbezahlt. Das in der und Logis lebende Personal des Krankenhauses ist ausgeschlossen. Wünsche der sozialdemokratischen Fraktion, das Wort „händig“ zu streichen, scheiterten am Widerstand der bürgerlichen Mehrheit.

Hensburg. Als Ergänzung zu unserer Notiz in Nr. 18 wird uns mitgeteilt: Kriegszulage für die jüdischen Arbeiter und Angehörigen. In gleicher Weise reichlichen die jüdischen Kollegen, den städtischen Angehörigen und Arbeitern, die ein Jahreseinkommen unter 2000 Mk. haben, eine Gehaltzulage zu gewähren, um einen Ausgleich gegenüber den zeitgenössischen der Lebenshaltung zu schaffen. In den arbeitslosen Familien mögen mehr aufgenommen zu lassen, in die Zulage abgelehnt. Es erhalten Fernerzuteile ohne Kinder 8 Proz., mit 1 bis 2 Kindern 10 Proz., und mit 3 und mehr Kindern 12 Proz. Zulage. Die Bestimmungen für rückwirkende Kraft vom 1. April dieses Jahres an. Auch für die zum Gemeinwohl eingesetzten Angehörigen und Arbeiter haben diese Bestimmungen Geltung. Ausgenommen sind nur die Ehe-

giernten und die im Garnisondienst Stehenden. An Unberheiratete soll nur in besonderen Fällen, wenn der Magistrat es für angebracht hält, die Zulage gewährt werden. Da zu erwarten ist, daß nicht gleich nach Beendigung des Krieges die Lebensmittelpreise auf ihre ursprüngliche Höhe zurückkehren, so soll die Zulage nicht bei Beendigung des Krieges fortfallend bleiben, bis wieder ein geordnetes wirtschaftliches Verhältniß vorhanden sind. Allerdings ist der Lohn für städtische Arbeiter noch ein sehr schlechter. Der Anfangslohn beträgt 22 Mk. wöchentlich und steigt bis 24 Mk. Straßenbahner, Feuerwehrlente usw. stehen im Monatslohn. Das Organisationsverhältnis ist sehr schlecht, so ist manches erklärlich.

Wesha. Kriegsteuerungszulage. Die Zulage ist rückwirkend vom 1. April und beträgt für Ledige und Verheiratete ohne Kinder 1 Mk., für Verheiratete mit einem bis drei Kinder 1,50 Mk., bei mehr wie 3 Kinder 2 Mk. pro Woche.

Hamburg. Für die Arbeiterschaft der hamburgischen Staatsbetriebe ist mit dem 1. Mai 1915 eine Feuerungszulage in Kraft getreten. Die Zulage wird gewährt bei einem Wochenlohn von nicht mehr als 39 Mk. oder Jahreslohn von nicht mehr als 2000 Mk. und beträgt für verheiratete Arbeiter, denen verwitwete Arbeiter mit Kindern gleichzustellen sind, 50 Pf. und für ledige Arbeiter 25 Pf. täglich. Die Arbeiterausschüsse beantragten, allen Arbeitern und Arbeiterinnen, ohne Rücksicht des Dienstgrades, der Höhe des Jahreseinkommens und des Familienstandes eine Zulage von 50 Pf. täglich für Tagelohnarbeiter und 2 Mk. für Wochenlohnarbeiter zu geben. Durch diesen Antrag wollten die Arbeiterausschüsse eine Feuerungszulage durch Erhöhung der regulären Löhnsätze herbeiführen; daher die höhere Forderung für Tagelohnarbeiter, weil die Tagelohnsätze, insbesondere die Einstellungsgehälter, ungemein niedrig sind. Der Senat hat nun für die Feuerungszulage eine Form gewährt, die es leicht ermöglichen soll, später den Arbeitern die Zulage wieder zu nehmen. Dem maßgebenden Beschluß zufolge ist die Zulage auch nur bis zum 1. Juli 1915 bewilligt. Allein darüber werden die zuständigen Amtsstellen alsdann wohl weiter mit sich reden lassen wollen (f. a. Sp. 323).

Kassel. Mit Rückwirkung vom 1. März erhalten Arbeiter mit bis 2 Kinder 20 Pf., bis 4 Kinder 30 Pf. und mit mehr als vier Kindern 40 Pf. Zulage pro Tag.

Köpenick. In der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Mai wurde beschlossen: Es sollen Kriegszulagen erhalten alle Beamten, Angestellten und Arbeiter mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk., die seit dem 1. August 1914 in Diensten der Stadt beschäftigt sind, und zwar monatlich: 1. Unberheiratete 8 Mk., 2. Verheiratete mit 2 Kindern unter 15 Jahren 10 Mk., 3. Verheiratete mit mehr als 2 Kindern unter 15 Jahren 12 Mk. Zwischen ständigen und unständigen Arbeitern soll kein Unterschied gemacht werden, indes sollen von der Kriegszulage ausgeschlossen sein solche Personen, die nur einen Teil ihrer Arbeitskraft der Stadt widmen, ebenso Wehrlinge. Andererseits wird der Magistrat ersucht, eine Erhöhung des Lohnes bei solchen nach dem 1. August eingestellten Arbeitern eintreten zu lassen, wo sie notwendig erscheint. Zum Schluß wird noch betont, daß der Ausschuss eine Staffeltung für notwendig erachtet, um einen Ausgleich herbeizuführen.

Leipzig. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf Bewilligung einer Kriegskinderzulage unterbreitet, welche nach folgenden Grundrissen geregelt werden soll: a) die Kriegskinderzulage wird denjenigen verheirateten oder verwitweten städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern -- und zwar auch den weiblichen, die die Ernährer ihrer Familien sind, gewährt, welche ausschließlich etwaiger dienstlicher Lebensbezüge, wie Zählgeld, Vorkriegsgehälter, Uebernahmenschadigung und dergleichen, aber einschließlich des Wohnungszuschusses ein jährliches festes oder durchschnittliches Einkommen von nicht mehr als 1800 Mk. beziehen; b) ausgenommen von der Gewährung der Kriegskinderzulage sind die zum Kriegsdienste Einberufenen und die während des Krieges eingestellten Ausbildesträter; c) die Kriegskinderzulage wird einmalig für den Monat April 1915 und bis auf weiteres, inwieweit für die Dauer des Krieges gewährt, sie beträgt für jedes dem Haushalt angehörende eigene Kind unter 15 Jahren 5 Mk. monatlich.

Münch. Ende März beantragten die Arbeiterausschüsse eine Feuerungszulage von 50 Pf. pro Tag. Die Verwaltungen haben jetzt beschlossen, für die Dauer des Krieges eine Feuerungszulage von 12 Mk. monatlich ab 1. April zu zahlen.

Mannheim. Der Stadtrat beschloß, den städtischen Arbeitern und unteren Beamten eine Feuerungszulage zu gewähren. Alle verheirateten Arbeiter erhalten pro Woche 3 Mk. Zulage. Die Beamten und Unteroffiziere, deren Gehalt inkl. der Feuerungszulage 250 Mk. nicht übersteigt, erhalten monatlich 15 Mk. Das weibliche Personal ist dem männlichen gleichgestellt. Ledige Personen erhalten die Zulagen nur insofern, als sie zum Lebensunterhalt ihrer Eltern oder Verwandten beitragen. Inbegriffen in den Kreis der Bezugberechtigten sind auch die Angehörigen der Straßenbahn. Diese Zulagen verursachen einen Aufwand von 25 000 Mk. im Monat.

• Aus unserer Bewegung •

Dresden. In der Mitgliederversammlung am 5. Mai hielt Kollege Heinze einen Vortrag über: „Wie regeln sich die Löhne der städtischen Arbeiter nach dem städtischen Etat?“ Den Geschäfts- und Massenbericht erstattete Kollege Schulte. Besonderen Erwähnen erregte die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene, aber noch nicht ausgeführte Feuerungszulage. Da ein großer Teil der städtischen Arbeiter leer ausgehen wird, beschloß die Versammlung, alle Mittel und Wege zu versuchen, um allen städtischen Arbeitern gerecht zu werden. Aus dem Massenbericht ist zu erwähnen, daß einer Einnahme von 4577,90 Mk. eine Ausgabe von 9125,27 Mk. gegenübersteht. Der Zustand der Hauptkasse beträgt in diesem Vierteljahre 4511,29 Mk. Die Versammlung beschloß ferner Sammelkisten herauszugeben, um den eingezogenen Kollegen eine kleine Liebesgabe ins Feld zu schicken.

Bonn. Auf unsere Eingabe vom 28. März hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, keine Feuerungszulage zu gewähren. Als nun einige Kollegen, welche zum Teil schon 8 oder 10 Jahre bei der Stadtverwaltung beschäftigt sind, die Kündigung einreichten und ein Vorstandsmitglied unserer Ortsverwaltung bei dem Delegierten des Reichsanwalts vorstellig wurde, hat derselbe angeordnet, daß den Arbeitern eine Feuerungszulage von 10 Proz. für die Dauer des Krieges gezahlt wird. Es war aber schon im März für die Arbeiter, welche 4 und mehr Kinder unter 16 Jahren haben, eine Zulage von 3 Mk. für jedes Kind pro Monat zugestimmt worden. Dies war auch dem Arbeiterausschuß, welcher von Mitgliedern des Christlichen Verbandes beiegt ist, mitgeteilt worden. Dieser hat es aber nicht für nötig befunden, es den Kollegen zu unterbreiten. Dadurch sind eine ganze Reihe von Kollegen, welche dabei in Frage kommen, um einen Monat geschädigt worden. Diese erhalten nämlich die 10 Proz. Lohnzulage nicht!

Chemnitz. Am 24. April tagte im Restaurant „Soffnung“ unsere Mitgliederversammlung, in welcher zunächst das Ableben des Kollegen Köhner und des auf dem Schlachtfelde gefallenen Kollegen Winkler in üblicher Weise geehrt wurde. Der Kassierer gab hierauf den Massenbericht vom ersten Quartal. Die Einnahme der Filiale inklusive Bestand betrug 5822,73 Mk., dem steht eine Ausgabe von 984,30 Mk. gegenüber. Im Auftrage der Hauptkasse wurden ausgezahlt: 257,50 Mk. Sterbe-, 213,03 Mk. Kranken- und 146,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung. An die Familien der Kriegsteilnehmer wurden verausgabt 1201,20 Mk. An den Hauptvorstand wurden abgeandt: in Leistungen 1828,23 Mk., in bar 85,84 Mk., mithin bleibt in der Filiale ein Bestand von 3010,20 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Quartals 354. Neu aufgenommen wurden 24 Mitglieder. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Preißler einen kurzen Ueberblick über die Lage unseres Verbandes während der Dauer des Krieges. Er betonte, daß, obwohl der Krieg schon manches Opfer gefordert hat, unser Organisationsstand noch als guter zu bezeichnen ist. Aufgabe eines jeden Mitgliedes ist es aber trotzdem, mit aller Kraft zu arbeiten, damit die Lücken, welche leider gerissen worden sind, alsbald ausgefüllt werden. -- Die bisherigen Kartelldelegierten wurden einstimmig wiedergewählt. Auf Vorschlag des Vorstandes wurden dem Verein zur Bekämpfung der Lungenkrankheits und der Jugendorganisation je 15 Mk. bewilligt.

Leipzig. Unsere Kollegen nahmen in einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 30. April den Bericht der Verbandsleitung und der Arbeiterausschüsse über die eingeleiteten Schritte zur Erreichung einer Feuerungszulage entgegen. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß, obwohl bei dem niedrigen Stand der Löhne und der enormen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, sie dennoch diese Forderung erst dann einreichten, nachdem dieses Verlangen durch die erwähnten Verhältnisse zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden war. Es kann den städtischen Arbeitern kein Vorwurf gemacht werden, daß sie kein Kriegssopie bringen wollten, wie dieser Vorwurf hier und da von Stadtverwaltungen erhoben worden ist. In den vorbereitenden Stellen wurde der Grundriß aufgestellt, daß die Lebensverhältnisse aller Arbeiter durch die Feuerung ungünstig beeinflusst sind und allen Arbeitern daher auch eine Zulage zuteil werden mußte. Als notwendiger Ausgleich zwischen Preissteigerung und Lohnstand wurde eine Zulage von 50 Pf. pro Mann und Tag als das mindeste erachtet, was gewährt werden mußte. Die Arbeiterausschüsse waren daher in dieser Richtung beim Rate vorstellig geworden, aber die Antwort des Rates fiel nicht zuunuen dieser Forderung aus, wenn sie auch im ganzen nicht ablehnend war. Die Vorlage des Rates aber, die nun erdienen ist, monach nur eine Kinderkriegszulage gewährt werden soll, hat den Willfall der Gesamtarbeiterschaft nicht gefunden, weil ein nicht unerheblicher Teil dabei vollständig unberücksichtigt bleibt. So insbesondere die demälteren Arbeiter, deren Kinder bereits über das Alter von 15 Jahren hinaus sind, die ihnen aber gerade infolge des Krieges jetzt zahlbarer als sonst zur Last fallen. Auch Arbeiter ohne Kinder haben bei dem niedrigen Lohnstand unter der Feuerung zu leiden. Aber auch die Ausbildesträter mit Kindern sollen unberücksichtigt bleiben, was als Härte empfunden werden muß, zumal ja die Ausbildesträter schon jenseits auf die sozialen

Leistungen des Rates, die doch eine notwendige Ergänzung zum Lohne sein sollen, verzögert müssen. Die Versammlung war dabei nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen zu können, und brachte ihre Meinung in einer Entschließung zum Ausdruck, in der es u. a. heißt: „Die Versammelten verteidigen den sozialen Wert der Vorlage des Rates nicht, der in der Gewährung einer Minderlohnzulage liegt. Sie müssen aber trotzdem die Vorlage als ungenügend bezeichnen, weil ein nicht unerheblicher Teil der an Dienste der Stadt stehenden Arbeiterschaft, der bei dem niedrigen Stand der Löhne auch hier unter der Feuerung zu leiden hat, von dem Nutzen der Vorlage vollständig ausgeschlossen ist. Die Versammelten erwarten deshalb von dem Stadtverordnetenkollegium, daß es diese Läden in der Vorlage beseitigt und Mittel bewilligt, vermöge deren allen städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen, inklusive der Hilfsarbeiter, eine entsprechende Feuerungszulage gewährt werden kann.“ Die Abrechnung vom 1. Quartal, die eine Einnahme und Ausgabe inklusive Massenbeitrag von 12 743,59 Mk. aufwies, wurde auf Antrag der Mehrheit nicht genehmigt und dem Statistiker, Kollegen Schuchardt, Entlassung erteilt. An Unterernährung wurde ausgehakt: in Sterbefällen 257 Mk., in Krankheitsfällen 12,11 Mk., bei Arbeitslosigkeit 802,75 Mk. und Familienunterstützung 952 Mk.; außerdem noch an Weihnachtsunterstützung aus der Lokal- und Zentralkasse zusammen 163,50 Mk. Zum Militär waren bis Ende März 562 Mitglieder eingezogen. Mitgliederbestand der Filiale am 31. März 862, darunter 42 weibliche.

Mainz. Am 27. April fand im „Goldnen Pfing“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Klein hielt die Erläuterung des vorherigen langjährigen Vorstandsberichtes im Hinblick auf die letzten Monate vornehmen. Der Standbericht des Kollegen Weigel erfaßte folgendes: Einnahmen 41 861 Mk., Ausgaben 150 859 Mk., inkl. Hauptkasse, Lokalstellenbestand 2118,69 Mk. Die Mitteldeckungsbeiträge 346. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Turch Einberufung des 2. Vorstands, Kassierers und Berichters der Kollegen Benzler, Reichert und Stadler zum Militär mußte eine Ergänzungswahl vorgenommen werden, die folgenden Resultat ergab: Es wurden gewählt, zum 2. Vorsitzenden Wagner, Kassierer Weigel, Schriftführer Pförtner, Weiser, Nr. 1. Bericht und Berichters Meiner und Schwarz. Infolge des ganz rapiden Steigens der gesamten Lebensmittelpreise richteten die Arbeiterauslöschung am 12. März bei der Müllermesse eine Eingabe auf Gewährung einer Kriegszulage in Höhe von 3 Mk. pro Woche ein, die, trotzdem sie in eindringlichen Worten und an Hand eines reichen Zahlenmaterials die Notlage der städtischen Arbeiter schilderte, in der Stadtverordnetenversammlung vom 27. März gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Nur die Unterernährung der Kriegsteilnehmer Angehörigen mit Unterstützung der städtischen Arbeiter, wurde am 20. Proz. erhöht. Kollege Klein verlas das eingehängene Schreiben der Müllermesse, das den obliegenden Widerspruch enthielt. Bei der darauf ersiehenden Debatte wurde von mehreren Rednern das Verhalten der Stadtverordneten und Stadtverordnetenversammlung scharf getadelt und bedauert, daß beide Notleidenden angesichts der bedrängten Lage, in der sich die städtischen Arbeiter befinden, nicht mehr soziales Verständnis besitzen. Einmütig beschloß die gutbesuchte Versammlung, erneut eine Eingabe auf Gewährung einer „Zulage“ durch die Arbeiterauslöschung einzubringen; besonders in die gesamte Lebenshaltung fortwährend weiter im Steigen begriffen ist. Nachdem noch eilige eingehängene Schreiben zur Kenntnis genommen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Plauen i. V. Die städtischen Arbeiter waren am 30. April versammelt, um Stellung zu nehmen zur gegenwärtigen Feuerung. Kollege Pfeiffer, Dresden, schilderte in seinem Referat den Umfang der Feuerung und zeigte, wie schwer die städtischen Arbeiter von der Feuerung betroffen werden. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß die Löhne in Plauen nicht nur seit Jahren nicht erhöht wurden, sondern daß sogar gewisse Verschlechterungen Platz gegriffen haben. Am Gaswert wurden sonst Arbeitsanzüge geliefert, Weihnachtsgelder gewährt, das ist weggefallen. Bei Wasserleitungsarbeiten ist nicht nur die Arbeitszeit erheblich herabgesetzt, sondern auch die Löhne verkürzt worden. Eine Kritik im „Volksblatt“ schärfte erst wieder Besorgnis. Es wurde dann einstimmig beschlossen, die Gasleitung zu beauftragen, der Stadtverwaltung den Antrag auf Gewährung einer Feuerungszulage von 40 Pf. für jeden Kalendertag an sämtliche Arbeiter zu überreichen. Am Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß sich die städtischen Arbeiter Plauens mehr als bisher an der Organisation beteiligen müssen, wenn durchgreifende Verbesserungen eintreten soll.

Zittau. Die städtischen Arbeiter hatten durch ihren Arbeiterauslöschung die Gewährung einer Feuerungszulage von täglich 30 Pf. beantragt. Obgleich die Arbeiter ihre Erwartungen angesichts der ganzen bisherigen Haltung der Stadtverwaltung Arbeitervereinsführer gegenüber nicht zu hoch gespannt hatten, so haben sie doch noch eine große Enttäuschung erlebt. Denn ihr wenig bescheidener Antrag wurde abgelehnt. Kein, so was tut die Zittauer Stadtverwaltung nicht! Der Antrag wurde sogar recht schnell erledigt, oder in einer Weise, daß man am, gut von einer Ablehnung reden kann. Es wurde nämlich beschlossen: 1. Allen Arbeitern, die nicht

wegen Kinderleistungen zu besonders vereinbarten Bedingungen eingestellt sind, mindestens 30 Pf. Stundenlohn zu gewähren; 2. den Steinenschlägern 30 Pf. Zulage für den Anfuhrmeter zu gewähren. -- Aus diesen Beschlüssen ergibt sich, daß eine wirkliche Zulage nur die Steinenschläger erhalten. Aber auch dies hat gar nichts zu besagen, weil nämlich zur Zeit um noch einige Mann mit Steinenschlägern beschäftigt sind und Steinenschläger überhaupt eine Arbeit ist, die nur im Winter vorgenommen wird, wenn andere Arbeiten nicht ausgeführt werden können. Die Zulage steht zwar recht schön aus, kostet aber so gut wie nichts. Genau so ist es mit den Stundenlöhnen. Da sind nur ganz wenige Arbeiter, die noch unter 30 Pf. stehen, die allermeisten haben mehr und geben somit leer aus! Also auch hier steht die Zulage nur auf dem Papier. In der Kommission, die den Antrag des Arbeiterauslöschungsvorzubereiten hatte, wurde zwar anerkannt, daß eine Zulage von den Arbeitern bestrebt, indessen auch andere Streitigkeiten befanden sich in der Kommission, 3. Mk. täglich müsse jeder Arbeiter mindestens haben, also wöchentlich 18 Mk. Hier hat jedoch die Rechnung ein Wort. Wenn nämlich der Arbeiter täglich 3 Mk. haben soll, so muß er wöchentlich 21 Mk. verdienen, denn die Woche hat 7 Tage! Oder soll etwa der Arbeiter am liebsten Tage von der Lust leben? Bei 18 Mk. Wochenlohn kommen auf den Tag nicht 3 Mk., sondern nur 2,57 Mk. Die ganze Sammellichkeit der Beschlüsse zeigt aber dann, wenn man weiß, daß die Löhne der städtischen Arbeiter seit dem Jahre 1910 nicht aufgebessert wurden. Nur im November 1912 wurde eine einmalige Feuerungszulage in Höhe eines Wochenlohnes gewährt. Als dann im Jahre 1913 die Arbeiter recht energisch auf eine durchgreifende Lohnregulierung arbeiteten, da wurde ihnen mit vielen schönen Worten und mit heiligem Eifer, im Jahre 1914 wurden ihre Wünsche in weitgehender Weise berücksichtigt. Als eine Tat wurde der Arbeiterauslöschung geschwieben, um, wie man sagte, mit den Arbeitern in steter Fühlung zu bleiben. Das alles schäme ich die Herren verzeihen zu haben. Weiter betrifft die Kommission darauf, daß die Stadt große Leistungen der Arbeiterfamilien gegenüber vollbringe. Da weiß man darauf hin, daß an die Familien der Einzelsoldaten der volle Lohn vier Wochen lang bezahlt wurde, das habe bis jetzt 1000 Mk. gekostet! Mit Zuzugabe zum geschlossenen Familienunterstützung seien 16 279 Mk. bezahlt worden. Also ganz gut und schön, nur meinen wir, daß dies, zusammen für die reiche Stadt Zittau nicht etwa besonders hoch genannt werden können und daß, wenn die Gewährung von Zuschüssen andere Städte in gleicher Lage erheblich mehr aufwenden. Noch einmal: Der Stadtverordnete Benzler führte als Beispielschreiber aus, daß dem Soldat eine eingehende Prüfung zuzulassen sei, weil es in sehr löblicher Richtung gehalten sei! Demnach scheint man auf die andere Seite den größten Wert zu legen. Das zeigt von einer recht orientierten Auffassung des Arbeitsverhältnisses, die wir unseren Kollegen, besonders denen, die nicht organisiert sind, zum Nachdenken dringend empfehlen.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Leistungen der Fachverbände im ersten Vierteljahr 1915. Nach der Arbeitslosigkeit über die Mitglieder berichteten für den Monat März 1915 39 Organisationen, die insgesamt 1 210 976 Mitglieder umfassen, wovon aber nur 1 139 750 Mitglieder (941 399 männliche und 198 351 weibliche) befragt werden konnten. Von diesen waren zu Ende des Monats 37 656 arbeitslos am Orte und 541 auf der Reise befindlich. Das sind zusammen 38 201 Arbeitslose, und zwar 24 906 männliche und 12 295 weibliche. Es beschränken sich demnach unter den erstfahnen organisierten Arbeitslosen immer noch nur ein Drittel weiblicher Mitglieder. Auf 100 vom Bericht erstafte Mitglieder berechnet, stellte sich die Arbeitslosenziffer im Berichtsmonat auf 3,4 gegen 5,1 im Vormonat und 2,8 im März 1914. Die Arbeitslosigkeit ist demnach im März 1915 immer noch verhältnismäßig höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist nur auf die noch außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder zurückzuführen, denn von diesen waren Ende März noch 8,3 Proz. gegen 1,9 Proz. im Vorjahre arbeitslos. Eine größere Arbeitslosigkeit als Ende Februar 1915 verzeichnen nur vier Organisationen. Es sind dies die Verbände der Potentillat, Sutarbeiter, Federarbeiter und Schuhmacher. Im Verhältnis die höchste Arbeitslosenziffer hatte im Berichtsmonat der Verband der Potentillat mit 29,1. Dann folgen in weiterem Abwärts die Verbände der Sutarbeiter mit 16,9, Fezzellanarbeiter mit 12,8, Glasarbeiter mit 12,6, Bildhauer mit 11,6; ferner Schneider mit 8,2, Glasarbeiter und Quararbeiter mit je 7,3 und Holzarbeiter und Uhrmacher mit je 6,5 Proz. Arbeitslosiger. Die niedrigsten Arbeitslosenziffern weisen die Verbände der Schneider (5,2) und Tapezierer mit je 0,3, Zattler und Korsettmacher mit 0,5, die in der Stadtstaatarbeiter mit 0,7 und Bäcker mit 0,7 und Arbeiter mit 0,9 auf. In dem gleichen Maße sind auch die Zahlen über die Haushalten und Dauer der Arbeitslosigkeit zurückgegangen, die aber in Anbetracht der bedauerlich verminderter Mitarbeiterzahl noch als ungenügend betrachtet werden können. Die Zahl der arbeitslos waren im 1. Quartal 1915: 198 822 Fälle von arbeitslosig-

bei gleich 17,5 Frau, gemittelt gegen 12 Proz. im gleichen Quartal des Vorjahres. Auch hier weisen die weiblichen Beschäftigten mit 21,1 gegen 17 der männlichen einen höheren Prozentsatz auf. Die Zahl der Arbeitslosenstage belief sich im 1. Quartal 1915 auf 2.070.500. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles betrug demnach im Periodenquartal 20 Tage gegen 25 Tage im Vorjahresquartal und 21 Tage im 1. Quartal 1914 betragen haben. Am häufigsten arbeitslos waren im 1. Quartal 1915 die Arbeiter mit 76,3, die Arbeiter mit 66, die Bildhauer mit 17,5, die Eisenarbeiter mit 11,1 und die Holzarbeiter mit 12,8 Proz., während die längste Durchschnittsdauer eines Arbeitslosenfalles im Bestand der Arbeitslosen 35 Tage, im Metallarbeiterverband 33 Tage und im Sattlerarbeiterverband 32 Tage währte. Trotz der erheblichen Besserung der Arbeitsverhältnisse erreichten die Ausgaben für die Arbeitslosen eine nicht unbeträchtliche Höhe. Insgesamt wurden im ersten Quartal 1915 von den verschiedenen Organisationen in 108.982 Mitgl. d. B. mit 2.079.001 Tag- 2.081.132 Mk. ausbezahlt. Auf den Kopf der unterstützten Personen berechnet, belief sich die durchschnittliche Unterstützungssumme auf 19,20 Mk., auf einen Unterhaltungsbedarf entfiel rund 1 Mk. an Unterstützung. Die gesamte in den drei ersten Quartalen von den an das „Arbeitslosenblatt“ berichtenden Organisationen für die Arbeitslosen am Tag verausgabte Summe betrug demnach 18.51.000 Mk., wobei wiederum zu beachten ist, daß die tatsächliche Summe noch bedeutend höher ist, da die Ausgaben von mehreren anderen Verbänden fehlen. Mit den angegebenen Zahlen ist wohl zur Genüge der Beweis erbracht, daß viele Arbeiter und ganz besonders die weiblichen Arbeitslosen noch mit großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Es lohnt somit keine Beschränkung vor, die während der Arbeitslosigkeit eintretende gesundheitliche Verschlechterung wieder auszubehalten, wie es leider schon nach den bisherigen Erfahrungen 1914 ist, darunter die Epidemiekrankheit d. M. und so fern, getan haben. Der Gesamtteil bei der nächsten Forderung sollte die ursprüngliche Arbeitslosenquote noch weiter ausgebaut werden.

◆ Internationale Rundschau ◆

Schweden. Das fünfjährige Verhältnis einer schwedischen Gewerkschaften konnten Ende 1914 die schwedischen Arbeiter begeben, außer arbeiten in belästigt als Gruppen dem Groß- und Arbeiterbewegung an. Sollten sie in dieser Zeit noch dem großen Widerstand auch keine Arbeiterkollektive, so ist doch die geistige Arbeit für die Gewerkschaften freigesetzt ausgefallen. Die ersten Jahre des Bestehens dieser Organisationen waren mehr der Agitation gewidmet. Diese wurde 1911 in unmittelbarer Weise vertreten. Allerdings ist es sehr unter den verschiedenen. Nichtsdestoweniger konnte am Jahresabschluss ein Wachstum der Verbandsumfänge von 10 auf 41 und der Mitgliederzahl von 2003 auf 100.000 festgestellt werden. Den Städten Stockholm, Göteborg und Malmö gewährte der Reichsverband je 1000 Kronen (1120 Mk.) für besondere Agitation. Damit war für die letztgenannten beiden Städte die Anstellung eines bezoldeten Funktionärs gegeben. Stockholm hatte schon seit 1901 einen bezahlten Sekretär. Am 26. und 27. Juli fand in Malmö eine Konferenz des Verbandes vor, der Verbandsgewerkschaften und der sozialdemokratischen Stadtverordneten von Stockholm, Göteborg und Malmö statt, um über die gemeinsame Arbeit zu beraten. Eine besondere Delegiertenversammlung des Verbandes tagte im Dezember wegen der Regelung der Vertragsfrage. Die Delegierten beidseits jedoch, eine Vertragsänderung nicht eintreten zu lassen; der Vertrag blieb der alte, und zwar 30 Tage (336 Pf.) für voll und 15 Tage (168 Pf.) für halbzählende Mitglieder. Diese Höhe entspricht dem vom Gewerkschafts-Kongress festgesetzten Mindestbeitrag. Ferner wurde beschlossen, die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenklasse besonders zu buchen. Dem kommenden Reichstages soll dann die endgültige Regelung, wie Festsetzung des Beitrages an diese Klasse usw., überlassen bleiben. Der in der Arbeitslosenliste befindliche Betrag von 20.000 Kronen (22.240 Mk.) wird voraussichtlich anfallen, um den Verpflichtungen der Mitglieder gegenüber gerecht zu werden. Das Verbandsorgan erhebt wie bisher vierteljährlich. Die Einnahmen und Ausgaben betragen mit 56.517,77 Mk. gegenüber 38.792,20 Mk. im Vorjahr. Die Reichsverbandsgewerkschaften (1906) Mk. Unterstützung für Mitglieder, die an Strafen anderer Organisationen beteiligt waren, wurden 20,50 Kronen (22,55 Mk.) bezahlt, unter dem Jahre die Kapitalien an die Landeszentrale 8191,03 Mk. ab. Verbandsorganisationen mit zum Teil unzureichendem Ansehen hatten in Stockholm, Helsingborg, Kärneberg, Eskilstuna, Malmö und Jönköping. Die Zahl der von dem Reichsverband geschlossenen Mitgliedsverträge betrug 21 in 11 Städten. Im kommenden Jahre will der Reichsverband sein Hauptquartier in die weitere Verlegung der Zentralverträge in den drei großen Städten ziehen. Es gilt hier, die festliche Vertrag, wenn durchzuführen. Wenn auch gegenseitige Dornen sind, daß in dieser Lage ein einseitige mit den Forderungen zu tun hat, so muß der Reichsverband mit allen eventuellen getrennt werden, um bei anderen die Legierung in den Kampf für die gleichen Forderungen zu treten.

◆ Rundschau ◆

Urlaub an künftige Arbeiter während des Krieges. Nachdem bereits Kienbohn grundsätzlich beschlossen hat, auch in diesem Jahre den Arbeitern Urlaub zu gewähren, und zwar in halber Höhe, d. h. 2 7/8 Tage, hat nun auch der Magistrat Charlottenburg entsprechende Verfügungen erlassen. Es sollen erhalten Arbeiter mit Anspruch auf 14 Tage 10 Tage, mit 10 Tagen 7 Tage, mit 7 Tagen 5 Tage und 3 Tage sollen in voller Höhe gewährt werden. Den Arbeitern, weichen infolge des Kriegesandrangs im Verlaufe der Urlaub weiterer ging, soll der volle Urlaub gegeben werden.

Wahnworte eines Veteranen der Arbeiterbewegung. Albert Paul, ein gewerkschaftlicher und sozialistischer Organisator, der schon im Reformkampf der Arbeiterbewegung freit und mit, als fast alle von uns noch die Hinderhöfen tragen, richtet im „Grundriss“, dem Wochenblatt des Bauarbeiterverbandes, erntende Worte an seine Mitmenschen. Dieser große Veteran der deutschen Arbeiterbewegung hat schon vor 30 bis 40 Jahren die heftigen inneren Kämpfe zwischen den „Vollkollern“ und „Eisenachern“ miterlebt, wurde auch ein Opfer des Sozialistengeleges und erinnert nun mit helem Ernst an jene Zeit, wo die beste Kraft der Arbeiterbewegung in inneren Streitigkeiten aufgebraucht worden ist, während die Hindertücher sich freitagen. Albert Paul wagt auf die schlimme Zeit einen Blick zurück und unterzucht dann, ob die organisierten Arbeiter den Schicksal verbunden und es die sozialdemokratische Arbeitsstrategie durch die Ablehnung der Arbeitsrechte dem deutschen Volk hätte retten können. Unter vielerfahrener Veteran beantwortet diese Fragen mit einem entscheidenden Nein! Albert Paul schließt seine allseitig zu beherzigenden Ausführungen mit folgenden Mahnungen: „Nun noch ein einziges Wort: Ein Mann, der sein Vaterland nicht liebt, ist kein Freund der Arbeiter. Niemand mag sich, wo er sein Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich läßt und es dem Feinde ungenutzt verläßt, verrät er sein Vaterland und damit auch die Arbeiter, die die Wehrzahl der Einwohner des Landes bilden. Ein solcher Mensch kann auch kein Führer der Arbeiter sein; denn er wird ihr Vertrauen mißbrauchen und es nur seinen eigenmächtigen Zwecken dienbar machen wollen. Darum, wer die Arbeiter nicht von innen unzufrieden, sondern von außen beeinflussen will, laßt sich nicht verführen, sondern wir nur zur Schwachheit verurteilt werden! Welche unendliche Mühe und Arbeit hat es gekostet, um die Arbeiterbewegung auf die heutige Höhe zu bringen! Das kann nur der beurteilen, der selbst jahrelang in mühevoller Arbeit mitgewirkt hat. Kraut der Spitzritter, was sie schon für die Arbeiterbewegung getan haben, dann werdet ihr ein halbes Resultat erfahren. Laßt sich nicht irre machen; wenn die Rekrutierung der Arbeiterbewegung weit von Euch; denn sie wollen das freudvollste aus Spiel setzen, was ihr Euch in jeder und schwerer Arbeit geschaffen habt. Jahrelange, mühevolle Arbeit wäre dann vergeblich gewesen. Laßt Euch nicht von dem Schlagwort „Imperialismus“ betören. Wenn wir in dem Kriege unterliegen, dann wäre der deutsche Imperialismus allerdings vorläufig besiegt; aber an dessen Stelle hätten wir einen viel schlimmeren, nämlich den russisch-französischen Imperialismus. Das darf nie und nimmer geschehen! Wer die Kämpfe in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zwischen Eisenachern und Vollkollern mit durchgemacht hat, wo sich die beiden feindlichen Brüder nicht nur mit Worten, sondern auch mit Säbeln bekämpften, der schaut sich nicht nach einer Wiederholung. Solange wir entzweit waren, waren wir unüberwindlich. Die Kraft und Stärke der Partei und der Arbeiterkraft trat erst mit dem Jahre 1875 ein, als sich die feindlichen Brüder auf dem Kongreß in Göttinge freundschaftlich und freudig die Hand reichten unter dem Leitwort: Wir wollen sein ein einziges Volk von Brüdern! Ein einziges Volk von Brüdern müssen und wollen wir bleiben!

Konsumenten und künftige Ernte. Einer rechtzeitigen, ausreichenden und preiswerten Versorgung der großen Masse der Bevölkerung mit den notwendigen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln haben sich in den bisherigen Kriegsjahren die überaus starken Einflüsse der Produzenten und Händler entgegengekommen. Nur mit ungenügender Mühsamkeit konnte der Arbeitsnachweis für Konsumenteninteressen durch seine zahlreichen Eingaben, Rückfragen an maracender Stelle und Beeinflussung der öffentlichen Meinung die nötige Voraussetzung auf diesem für die Landesverteidigung geradezu ausschlaggebenden Gebiete vermeiden und die Konsumenteninteressen in die allein für die Bevölkerung wichtige Politik der reichsmontierten Regierung der Verbraucherverwaltung bringen. Es ist daher nur zu verständlich, wenn die Organisation der deutschen Verbraucher bei der künftigen Ernte von vornherein ihre Hände zum Ausdruck bringen und dieses Mal rechtzeitig an der Regelung der Ernte im Interesse der hinter ihr stehenden Massen mitarbeiten will. Der Gesamtverband des Arbeitsnachweises hat zu diesem Zweck am Sonntag, den 10. Mai, in der Reichshalle, Berlin, W. 9, am Vormittag, 11. eine Tagung der deutschen Arbeitsnachweises an, in dem außer dem gewerkschaftlichen und dem Gesamtverband jede durch ansehnliche Teilnahme an einem Komitee teilnimmt. Der bekannte Schriftsteller an der Landwirtschaft

lichen Hochschule, Geheimrat Professor Dr. Junk wird sprechen über das Thema: „Die Bedeutung der kommenden Ernte für die Montanindustrien“. Die wichtigsten Punkte, Preislaage und der nötigen Produkte, Höchstpreise für die Erzeuger, Groß- und Kleinhandel, Verteilung der Waren usw., werden dabei nach den vieljährigen Erfahrungen der vorkriegszeit beantwortet werden müssen. Eine Ansprache, zu der auch andere Wissenschaftler und Praktiker, die bisher schon der Montanindustrienbewegung ihre Unterstützung zugesagt haben, hinzugezogen werden, dürfte den Teilnehmern an der Tagung eine willkommene Gelegenheit zu Meinungsäusserungen bieten. — Vor diesen ganzen Erörterungen wird sich die Konferenz mit dem Tätigkeitsbericht des Gesamt-Borstandes zu befassen haben. Außerdem muß die Weiterarbeit des Arbeitsausschusses, der Ende vorigen Jahres in Erwartung eines baldigen Aufgehens nur bis zum 1. Juli 1915 befristet und finanziert worden ist, durch die Organisationsvertreter beschlossen und gesichert werden. Die Vereinstätigkeit der angeschlossenen Verbände hierzu darf angesichts der Notwendigkeit weiterer energischer Vertretung der Montanindustrieninteressen und der bisherigen Erfolge der Bewegung wohl vorausgesetzt werden.

Alkoholverbrechen. Seit vier Jahren unterzieht sich das kaiserliche Justizministerium der verdienstvollen Arbeit, Erhebungen über den Einfluß des Alkohols auf die Häufigkeit und Erscheinungsform der Straftaten anzustellen. In einer Heberisch, die der Landgerichterat Mupprecht in der „Sozialen Revue“ über die seitherigen Ergebnisse dieser Statistik gibt, beschäftigt sich der Verfasser vor allem mit den Schwankungen, die die Zahl der wegen Alkoholvergehens Verurteilten in diesem Zeitraum aufweist, und mit den vermutlichen Ursachen dieser Schwankungen. Es wurden verurteilt:

im Jahre	Personen überhaupt	wegen Trunksdelikten	letzte in % d. ersteren
1910	65921	8464	12,6
1911	66846	7685	11,5
1912	69225	8629	12,5
1913	66263	7637	11,6

Aus diesen Ziffern ergibt sich vor allem, daß die Zahl der wegen Trunksdelikten Verurteilten weit größeren Schwankungen unterworfen ist, als die der Verurteilten überhaupt. Die Zahl der Verurteilten stieg von 1910, auf 1911 um 2,8 Proz., im nächsten Jahre um 3,5 Proz., um sodann um 4,3 Proz. zu fallen. Dagegen sank die Zahl der Trinker zunächst um 13,3 Proz., stieg sodann um 12,1 Proz. und sank dann wieder um 11,5 Proz. Daraus geht schon hervor, daß für das Steigen und Fallen der Alkohol-Triminalität andere Gründe maßgebend sein müssen, als für die Bewegung der Kriminalität überhaupt. Nun zeigt es sich aber weiter, daß die großen Schwankungen der Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehens, die im Zustande der Trunkenheit begangen sind, vor allem die Gruppe der selbständigen Personen treffen, während bei den Anstellungsverhältnissen die Zahlen ziemlich konstant sind. Mupprecht schließt daraus, daß es schlechte Ernten und sonstige schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, die den Bauern und Unternehmern verhältnismäßig stärker treffen und ihm die Mittel zum Alkoholgenuss entziehen, sind, die beispielsweise im Jahre 1913 ein so starkes Verabgeben der Alkohol-Triminalität zur Folge hatten. Denn während 1912 noch 1747 selbständige Personen wegen Alkohol-Triminalität verurteilt wurden, waren es 1913 nur noch 1171. Nicht unerhebliche Unterschiede weisen die einzelnen Landgerichtsbezirke auf. Am günstigsten steht immer noch der Bezirk München I mit der Stadt München da, in dem nur 6,9 Proz. aller Verurteilungen auf Alkohol-Triminalität entfielen. Dagegen stieg dieser Prozentsatz in Nürnberg Stadt auf 13,3. Bemerkenswert ist ferner, daß in den ländlichen Bezirken in den letzten drei Jahren die Alkohol-Triminalität zurückgegangen ist, während sie in den großstädtischen Bezirken steigt und sich in den Kleinstädtischen Bezirken etwa auf gleicher Höhe hält.

Bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse sind bis zum 10. April für 27883 Kriegsteilnehmer 36645 Anteilsscheine entnommen worden, so daß für die Hinterbliebenen der im Kriege fallenden Versicherten 196225 Mk. zur Verteilung kommen können. Bis jetzt sind bei der Hauptverwaltung in Hamburg erst 52 Todesfälle versicherter Kriegsteilnehmer angemeldet, für welche 125 Anteile gelöst sind.

Nun gehen viele Füße . . .

Nun gehen viele Füße wohl all den gleichen Gang. Viel Wege und viele Gassen dabei sind ganz verlassen, wo sonst ihr Schritt erklang.

Nun gehen viele Füße wohl einen neuen Schritt. Wer sonst allein gegangen, macht nun mit heißen Wangen das große Wandern mit.

Es gehen viele Füße nach einem Takt wie nie. — Die Morgenröte schreitet voran — die Dämne breitet sich mütterlich um sie.

Und gehen viele Füße in einen Garten ein. — Ein Graber steht und sbarret, ein Wächter ruht und barret, — Lorbeer und Rosemarin . . .

R. Z. Mayer.

Eingegangene Schriften und Bücher

Oesterreich Ungarn. In der Sammlung Mächte des Weltkrieges, die unser Berliner Parteiverlag, Buchhandlung Vorwärts, herausgibt, ist jetzt das 3. Heft zur Ausgabe gelangt. Es beschäftigt sich mit Oesterreich-Ungarn. Einige Aufklärung über die dem Reichsdeutschen nur wenig bekannten und in der Tat nicht leicht zu durchschauenden inneren Verhältnisse Oesterreich-Ungarns dürfte sehr willkommen sein, kämpfen ja seit neun Monaten die Heere des Deutschen Reiches und seines Verbündeten in immer enger werdender Gemeinschaft gegen West und Ost. Die Zeitschrift befaßt sich vornehmlich mit folgenden Gebieten: Geschichtliches und Geographisches — Der Staat Oesterreich — Der Staat Ungarn — Kroaten — Bosnien-Serbogowina — Die Thronfolge — Volkswirtschaftliches — Arbeiterbewegung. Die Darstellung hält sich bewußt von jeder Tendenz fern; durch Heranziehung reichsdeutscher Bearbeiter und Zustände glaubt sie manches leichter verständlich machen zu können. Der Prospekt ist eine Karte Oesterreich-Ungarns und der angrenzenden Bezirke beigegeben. Der Preis beträgt 75 Pf. Die Vereinsausgabe kostet 30 Pf. Vorrätig halten die Zeitschrift alle Buchhandlungen. In diesen sind auch die früher erschienenen Hefte dieser Serie (Das Jarentreich, Türkei und Ägypten) zum gleichen Preise zu haben.

Deutsche Sozialdemokraten, Sozialdemokratische Deutsche. Mit diesem Titel erschien jochen in unserm Chemnitzer Parteiverlage (Landgraf u. Co.) die vom Genossen Konrad Haenisch im Preussischen Abgeordnetenhaus gehaltene Rede zum Kulturvetat.

Die Verorgung der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern. Von Wilhelm Czeiffert, Rechnungsrat und Ges. erpbd. Sekretar im Reichsjustizamt, Frankfurt a. O., Verlag von Trovisch u. Sohn, Preis 1,50 Mk.

Totenliste des Verbandes.

- Hermann Barre, Bremen**
Bauarbeiter
† 29. 4. 1915, 73 Jahre alt.
- F. A. Dwenger, Hamburg**
pensioniert
† 2. 5. 1915, 74 Jahre alt.
- Ignaz Rindlewit, Magdebg.**
Eisenarbeiter (Gaswerk)
† 1. 5. 1915, 58 Jahre alt.

- Mathäus Scherer, Augsburg**
Straßenreiner
† 2. 5. 1915, 69 Jahre alt.
- Friedrich Schümer, Leipzig**
invalider Zehlfenarbeiter
† 5. 5. 1915, 35 Jahre alt.
- Josf Völlinger, München**
pensionierter Gasarbeiter
† 1. 5. 1915, 67 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Jonas Breuer, Bonn**
im Alter von 32 Jahren im Westen gefallen.
- Josef Bohj, Vlothheim**
am 23. April im Alter von 41 Jahren in Frankreich gefallen.
- Heinr. Dahrenkamp, Bremen**
am 20. April im Alter von 26 Jahren im Lazarett verstorbt.
- Franz Fischer, Berlin**
am 26. Oktober im Alter von 29 Jahren gefallen.
- Max Hankmann, Hamburg**
am 24. April im Alter von 32 Jahren in Belgien gefallen.
- Gollhelf Hund, Hamburg**
am 24. April im Alter von 25 Jahren in Belgien gefallen.
- Richard Junghaus, Meisen**
am 27. November im Alter von 32 Jahren in Flandern gefallen.

- Ang. Klabande, Großbeeren**
am 10. Februar im Alter von 38 Jahren gefallen.
- Johann Kuschnik, Breslau**
am 24. August im Alter von 30 Jahren gefallen.
- Paul Lüdke, Hermsdorf**
am 15. März im Alter von 39 Jahren gefallen.
- Karl Müll, Regensburg**
Eisenr. am 25. April i. Alter von 31 Jahren i. Frankreich gef.
- Rudolf Salewski, Berlin**
am 28. April im Alter von 38 Jahren gefallen.
- Ernst Shipmann, Hamburg**
am 27. April im Alter von 25 Jahren in Belgien gefallen.
- Georg Jocher, Dresden**
am 2. Mai im Alter von 38 Jahren in Frankreich gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Verlag: In Betretung des Verbandes der Gewerkschaften und Staatsbedienten (K. H. Meyer). Verantwortlicher Redaktions-Emit: E. Müller, beide Betan. W. 67, Winterbergstr. 24. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Bergsamtlat Paul Zuger & Co., Berlin SW. 64, Lindenstr. 3.